

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVI/191

6. Oktober 1971

Kampfansage aus Saarbrücken

CDU unter neuer Führung - alte Gegensätze
bleiben

Seite 1 bis 3 / 103 Zeilen

110 - endlich einheitlicher Notruf

Eine begrüßenswerte Initiative des Bundes-
verkehrsministers

Von Horst Seefeld SPD-MdB
Stellv. Mitglied des Bundestagsverkehrsaus-
schusses

Seite 4 und 5 / 54 Zeilen

Umweltschutz - das Gebot der Zeit

Erste Maßnahmen der Bundesregierung eingeleitet

Seite 6 und 7 / 85 Zeilen

Chatredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5000 Bonn 9, Heussallee 2-10
Postfach: 9153
Praxishaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 28
Telex: 886 848/888 847/
888 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Kampfansage aus Saarbrücken

CDU unter neuer Führung - alte Gegensätze bleiben

Mit zwiespältigen Gefühlen haben die Delegierten des CDU-Bundesparteitages die Landeshauptstadt Saarbrücken verlassen. Der vielbeschworene Aufbruch zu neuen Ufern glich mehr einer unausweichlichen Pflichtübung als dem beabsichtigten Zusammenschluß hinter einer neuen dynamischen Führung. Die Wahl von Dr. Rainer Candidus Barzel zum Vorsitzenden seiner Partei, die Umstände dieser Wahl und das Verhalten des eben gekürten neuen Parteichefs haben die alten Gegensätze noch tiefer aufgerissen und die bestehenden Animositäten und Feindschaften nur flüchtig übertüncht. Die als Alternative zur Politik der Bundesregierung gebotenen Gedanken erwiesen sich als ungeeignet, die inhomogenen Teile einer "ehemaligen Bundespartei", wie der abgehalfterte Generalsekretär Dr. Bruno Heck in seiner Verbitterung die CDU nannte, mit Einheitswillen und der erstrebten Siegeszuversicht neu aufzurichten. Zurück blieb die vage Hoffnung, daß Barzel vielleicht doch die große Führungspersönlichkeit werden könnte, ohne die der CDU eine Rückkehr zur Macht und damit auch zugleich zu einer sicheren Existenzgrundlage unmöglich erscheint.

Was Dr. Barzel als politisches Rezept anzubieten hatte, läßt indessen Schlimmes befürchten. Die Koalitionsparteien werden sich noch stärker darauf einzustellen haben, daß ein Mann an der Spitze der CDU steht, der hemmungslos versuchen wird, die in ihm gesetzten übergroßen Erwartungen zu erfüllen. Seine programmatische Rede hat an den Stoßrichtungen keine Zweifel gelassen. Worte wie Landes- und Hochverrat braucht Barzel nicht in den Mund zu nehmen. Wer genau hinsieht und hinhört, weiß, was gemeint ist und kann auch die Kette nicht übersehen, mit der Barzel auf dem Wege zur CDU/GSU-Kanzlerkandidatur fest an den bayerischen Schrittmacher Franz Josef Strauß geschmiedet ist.

In Barzels Munde bekommen so nebelhafte Begriffe wie "moralischer Rigorismus" einen inquisitorischen Feigeschmack, der schaudern läßt. Die Zerstörung demokratischer Grundlagen, die Barzel anderen

vorwirft, scheint bei ihm bewußt ins Kalkül gezogen, auch wenn Worte wie Wahrheit, Humanität und Gerechtigkeit auf keinem Blatte seines Redemanuskriptes fehlen.

Dr. Barzel unterscheidet fein zwischen "Sozialismus" und "Sozialdemokratismus", nicht aber, um die große Regierungspartei gegen den Verdacht linkeradikaler Anfälligkeit in Schutz zu nehmen, sondern um für seine Unterstellungen und die permanente Diffamierung erst die Voraussetzungen zu schaffen. Die DKP, die der frühere CDU-Bundesinnenminister Dr. Benda in der Zeit der Großen Koalition nicht verbieten mochte, ist für Barzel heute das Vehikel, mit deren Hilfe er die demokratische Zuverlässigkeit der Regierungskoalition in Zweifel ziehen möchte. In seinem Katalog des Bösen nimmt der politische Radikalismus von links den bevorzugten Platz ein, und seine Aufforderung zur solidarischen Gemeinsamkeit gegen die Kommunisten ist nichts anderes als der Versuch, das noch schwach verschleierte absolute "Nein" zur Entspannungspolitik der Bundesregierung jetzt auch auf innenpolitischen Schleichwegen einzusetzen. Anderenteils ist Dr. Barzel ungemein wahrhaftig, wenn er argumentiert, daß seine außenpolitischen Vorstellungen "grundsätzlich begründet" seien. Nur kann er seine auf Unversöhnlichkeit aufgebauten Prinzipien eben nicht glaubhaft als Friedenswille und Entspannungsstreben ausgeben, wie er nicht müde wird, zu versichern.

Sein neues Schlagwort vom "antieuropäischen Nationalismus", von Dr. Barzel in seiner "Alternative" sehr deutlich der Regierung angelastet, wird ihm wenig Freunde machen. Weniger zum Hausgebrauch als zur Verwertung in Ausland gedacht, muß es von dort wie ein Bumerang auf ihn zurückfallen. Die Glaubwürdigkeit des neuen CDU-Vorsitzenden reicht bei weitem nicht aus, um das Ansehen Brandts bei unseren Verbündeten und Freunden im Ausland in Zweifel ziehen zu können. Was Barzel verdrängt sehen möchte, nämlich die Verdienste des Bundeskanzlers gerade um die Einigung Europas und um die Inangahaltung dieser schwierigen Prozesse erscheinen jenseits unserer Grenzen als verlässliche Garantie dafür, daß unter Brandt eine nationalistische, zumal gegen Europa gerichtete Politik ausgeschlossen ist. Wer wie Barzel davon spricht, daß das europäische Gleichgewicht und die internationale Sicherheit durch die Ostpolitik der Bundesregierung zerstört würden, der muß die Aufnahmefähigkeit nicht nur der deutschen, sondern vor allem der internationalen Öffentlichkeit bis zur Beleidigung hin in Zweifel ziehen. Spätestens von der Dezember-Tagung der NATO werden Erklärungen unserer Bündnispartner zu der inzwischen eingetretenen Entwicklung, also vor allem zu Berlin, erwartet. Ob Dr. Barzel selbst dann noch an seine Saarbrücker Eintagsfliegen denken mag, wird mindestens so zweifelhaft sein, wie der Eindruck, den er auf seine Parteitage delegierten damit machen konnte.

Dr. Barzels unverhüllter Versuch, das ungetrübte Verhältnis zur französischen Regierung in Zweifel zu ziehen, wird ihm aus Paris zu allerletzt Sympathie-Kundgebungen einbringen, wie auch die unmotivierte Forderung nach einer neuen deutschen Initiative zu einer politischen Einigung Europas am allerwenigsten auf französischen Beifall rechnen kann. Diese Themen eignen sich zur Verunglimpfung der Bundesregierung ganz und gar nicht, zumal sie Barzel nur anschlug, um über die Konstruktion eines angeblichen Gegensatzes die Bereitschaft der Regierung, um so pointierter anzu-

fechten, am Zustandekommen einer Europäischen Sicherheitskonferenz mitzuwirken. Der Saarbrücker Parteitag ist darüber nicht in Jubel ausgebrochen, und vor allem im Gesicht Dr. Schröders spiegelte sich die Peinlichkeit klar ab, die Dr. Barzel mit seinen außenpolitischen Kunststückchen einem großen Teil der sachverständigen Delegierten bereitete. Wie er außerdem glauben konnte, daß gerade er und ausgerechnet in Moskau als "seriös" empfunden würde, gehört zu den vielen Fragezeichen, die der forsche Barzel in Saarbrücken hinterlassen hat.

Dr. Schröder ist am Schluß des Parteitages der Frage ausgewichen, ob er seine frühere Entschlossenheit aufrechterhält, gegen Barzel als Bewerber um die CDU/CSU-Kanzlerkandidatur anzutreten. Er will nachdenken und den Verlauf des Kongresses überlegen. Vielleicht kommt er tatsächlich zu dem Schluß, daß es nicht lohnt, sich mit einem Manne zu messen, der angeblich fundamentale Grundwahrheiten eifertig aufstellt, wie er sie dann rasch wieder fallen läßt. Im Schlagschatten von Saarbrücken dürfte ein Kanzlerkandidat Barzel kaum noch zu vermeiden sein. Die Unabdingbarkeit, mit der der eben gewählte CDU-Vorsitzende den Außenpolitiker Dr. Schröder in seine Mannschaft einreichte und mit keiner Silbe erkennen ließ, daß eine weitere Entscheidung doch erst bevorsteht, muß Schröder darüber hinaus zutiefst getroffen und verletzt haben. Zu einer Gesinnungsakrobatik wie der des neuen Ehrenvorsitzenden Kiesingers, der im gleichen Atemzug seinen Favoriten Dr. Kohl Loyalität versichern, dessen Konkurrenten Barzel den Delegierten aber als den besseren Nachfolger empfehlen konnte, wird Dr. Schröder nicht hinfinden. Ein Verzicht indessen, weiter als Kanzlerkandidaten-Anwärter zur Verfügung zu stehen, müßte das ganze Wahl-Verfahren innerhalb der CDU zur Farce werden lassen. Kaum anders als bereits abgesprochen könnte nämlich auf einem gemeinsamen Kongreß von CDU und CSU die Wahl Barzels erscheinen, würde sich nicht doch noch ein anderer wenigstens zur Garnierung mit auf das Wahlpodest stellen. Dr. Stoltenberg hat in Saarbrücken, das war zumindest bemerkenswert, keinen Satz gesagt, der für ihn eine solche Rolle ausschloße. Wahrscheinlich ist sie indessen wohl kaum, denn auch er weiß, daß die Übereinstimmung Barzel-Strauß nicht mehr zu brechen ist. Die Delegierten hätten in Saarbrücken ohnehin auch Strauß zum CDU-Vorsitzenden gemacht, wenn sie dazu aufgerufen gewesen wären.

Über die innenpolitische Konzeption Dr. Barzels ist wenig zu sagen. Die absolute Blutleere der Union hat sich in Saarbrücken erneut bestätigt. Nachdem sie begreift, daß die Reformen der Bundesregierung so unansehnlich nicht sind und auch Erfolge nicht einfach verleugnet werden können, stellt sie sich flugs als die bessere Reformpartei vor und wischt bei der Gelegenheit auch rasch die alte Gerstenmaier-Formel: "Die Grenzen des sozialen Rechtsstaates sind erreicht" mit vom Tisch, so als habe sie nicht ein früherer stellv. CDU-Vorsitzender, sondern ein Gegner der CDU erfunden. Opportunismus bestimmt für die CDU das Handeln nur der anderen. Für Dr. Barzel geht es darum, zu tun "was das Volk will", auch wenn die "Marksteine" seines Weges "nicht Gefälligkeit, sondern Anstrengung" heißen.

Dabei muß es aber nun bleiben, will er nicht riskieren, daß sich, wie ihm der abgehalfterte und verbitterte Generalsekretär Dr. Heck warnend hinterließ, die neue Führungsstruktur "alsbald wiederum als unzulänglich" erweist. Auf Vertrauensvorschuß kann Barzel dabei nicht hoffen, denn dazu sind die Gründe seiner Wahl zu ausschließlich auf rationalen Überlegungen und auf purer Verzweiflung gewachsen.

(eh/ex/6.10.1971/bgy)
Erich Hauer

110 - endlich einheitlicher Notruf

Eine begrüßenswerte Initiative des Bundesverkehrsministers

Von Horst Seefeld SPD-MdB

Stellv. Mitglied des Bundestagsverkehrsausschusses

Dieser Tage hat Bundesverkehrsminister Georg Leber ein Notrufkonzept der Deutschen Bundespost vorgelegt. Danach sollen unter der im gesamten Bundesgebiet einheitlichen Rufnummer 110 Notrufabfragestellen erreichbar sein, die Tag und Nacht besetzt sind und für den schnellen Einsatz von Polizei, Feuerwehr, Notarzt, Krankentransportwagen oder Straßenhilfsdienste sorgen.

Der Ruf nach der einheitlichen Rufnummer hallt seit Jahren durch Deutschland. Jetzt wurde er durch Minister Lebers Handeln erhört. Der Minister weist in seiner Erklärung auf die Tatsache hin, daß die Ausbaudichte des Notrufs in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich ist. Von rund 3.785 Fernsprechnetzen sind bislang erst in 1.270, also genau einem Drittel, 110-Anschlüsse eingerichtet. Weitere werden folgen. Zu denken gibt allerdings eine andere Bemerkung in der Erklärung aus dem Postministerium. Dort heißt es u.a.: 'Die Finanzierung des Notrufs ist nicht Sache der Deutschen Bundespost, sie ist nur für die technische Seite zuständig'.

Das ist richtig. Richtig ist auch die von dem Bundesminister des Innern in Übereinstimmung mit dem Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen getroffene Feststellung, daß 'das Einrichten und Unterhalten von Notrufanlagen zu den Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gehören'. Diese Aufgaben gehören nach dem Grundgesetz in den Zuständigkeitsbereich der Länder. Und da ist nun der neuralgische Punkt. Die Post bietet jetzt mit der Schaltungsmöglichkeit der bundeseinheitlichen Notrufnummer 110 für alle Fernsprechnetze

die erste erforderliche Voraussetzung.

Der zweite Schritt muß allerdings von den Bundesländern getan werden. Sie müssen nachziehen und die Kosten für den münzfreien Notruf übernehmen. Dabei sollte sich kein Bundesland ausschließen und schnelles Handeln würde von allen Mitbürgern begrüßt.

200.000 Menschen sterben jedes Jahr an den Folgen eines Notfalles. Diese Zahl kann wesentlich vermindert werden, wenn Hilfe schnell geleistet werden kann. Das Meldesystem spielt zur Rettung von Menschenleben eine entscheidende Rolle. An zwei fehlenden Zehnpfennigstücken darf keine Rettungsaktion scheitern oder zu spät eingeleitet werden; deshalb kann der Appell an die Verantwortlichen in allen Bundesländern nur lauten: Übernehmt die Kosten für den münzfreien Notruf.

Es gibt natürlich auch andere Überlegungen. Zum Beispiel könnte die Bundesregierung den Notruf 110 in den Bereich der Daseinsfürsorge übernehmen. Schließlich gab es schon früher einmal einen münzfreien Notruf auf Kosten der Bundespost. Danach gehörte das "Fräulein vom Amt" zum Kundendienst der Post; die Dame war immer und auch münzfrei von jedem Fernsprechteilnehmer zu erreichen. Sie erteilte Auskunft und leitete selbstverständlich jeden Notruf an die richtige Stelle weiter. Mit Fortschreiten der Automatisierung fiel diese Einrichtung ersatzlos weg, wobei sich die damals Verantwortlichen wohl kaum Gedanken um den Notruf gemacht haben dürften. Dem Bundesbürger ist es gleich, wer den Notruf mit seinem Steuergeld finanziert, Bund oder Länder. Hauptsache ist, der münzfreie Notruf wird überall in Deutschland eingerichtet.

(-ex/6.10.1971/ks)

+ - +

Umweltschutz - das Gebot der Zeit

Erste Maßnahmen der Bundesregierung eingeleitet

Die öffentliche Hand wird bis zum Jahr 1975 allein 30 Milliarden DM aufzubringen haben, um das vom Kabinett verabschiedete Umweltschutzprogramm der Bundesregierung zu verwirklichen. Damit löst die Regierung Brandt/Scheel ein weiteres Versprechen ihrer Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 ein. Die Vorausarbeiten zum und die Durchführung dieses Schutzprogramms sind Pionierarbeit, die auch für andere Länder als Richtschnur dienen könnte. Zum erstenmal sind alle sich damit stellenden Aufgaben, ohne Rücksicht auf Ressort- und Gesetzgebungszuständigkeit, in einer Gesamtsicht zusammengefaßt worden. Das enthebt die Bundesregierung nicht von ihrer Verpflichtung, weiter für klare Zuständigkeiten auf diesem immer bedeutsamer werdenden Gebiet zu sorgen. Grundgesetzänderungen für den Wasserhaushalt, die Abfallbeseitigung, die Luftreinhaltung und die Lärmbekämpfung werden bereits in den Ausschüssen beraten.

Es ist zu prüfen, ob im Rahmen der Strafrechtsreform unter dem Abschnitt "Gemeingefährliche Verbrechen und Vergehen" ein besonderer Tatbestand zum Schutz der Umwelt aufgenommen werden kann. Industrie, Handel aber auch jeder einzelne darf in Zukunft die Umwelt nicht mehr als unumgänglich belasten. In den vergangenen Jahrzehnten ist auf diesem Gebiet allzuvielen veräußert worden. Die Gesamthöhe der Summen zur Umweltbereinigung wurde noch nicht genannt. Es mag verständlich sein, wenn Innenminister Genscher die Schätzungen für notwendige Investitionen ("Ich will keine Horrorzahlen nennen") vorerst noch verschweigt. Trotzdem wird es eines Tages erforderlich sein, die Zahlen offen zu legen, um dem Bürger klar zu machen, wie teuer die Überlebenschancen für Morgen zu stehen kommen. Das wird zur Bewußtseinsbildung des Bürgers für den Umweltschutz unerläßlich sein.

Neben der Durchsetzung des Verursachungsprinzips sind als Hauptziele des Umweltschutzprogramms zu nennen:

- 1/ Umweltplanung auf lange Sicht, insbesondere durch ein Umweltrecht, das Schutz und Entwicklung der Naturgrundlagen zu den vorrangigen Aufgaben staatlicher Daseinsvorsorge macht; wirksame Beratungsverfahren bei allen umweltrelevanten Entscheidungen in Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung; organisatorische Straffung vorhandener Umweltbehörden und Integration des Umweltschutzes bei allen Maßnahmen der Struktur- und Raumordnungspolitik.
- 2/ Entwicklung einer umweltfreundlichen Technik.
- 3/ Weckung und Stärkung des Umweltbewußtseins in der Bevölkerung.
- 4/ Wirksamere internationale Zusammenarbeit.

Besondere Bedeutung mißt die Bundesregierung der Aus- und Weiterbildung von Fachpersonal zu. Es wird betont, daß noch

weitere Erfahrungen darüber gesammelt werden müssen, ob der neue Beruf eines Umweltschutz-Ingenieurs geschaffen werden soll. Angeregt soll werden: die Einbeziehung von "Umweltgestaltung und Umweltschutz" in die Lehrpläne der Primär- und Sekundarstufen der Schulen, die Aufnahme umweltbedingter Themen in die Ausbildungsordnungen für die betriebliche Ausbildung und in die Lehrpläne für berufsbezogene Bildungsgänge, die Behandlung von Umweltschutz und Umweltgestaltung an Hochschulen, die Einrichtung von Aufbaustudiengängen an den wissenschaftlichen Hochschulen und die Aufnahme der Problematik des Umweltschutzes in Schulbüchern und im Unterricht.

Erforderlich sind umfassende Forschungsvorhaben zu diesem Thema. Die geplante Errichtung eines Bundesamtes für Umweltschutz wird eine wirksame Zusammenfassung aller auf diesem Gebiet bestehenden Einrichtungen mit sich bringen. Eines der wichtigsten Teilgebiete des Umweltschutzes betrifft den Wasserhaushalt. Seit 1950 sind dafür bereits 19,3 Milliarden DM investiert worden. Allein für die Abwässerreinigung müssen nach Schätzungen im öffentlichen Bereich 43 Milliarden DM aufgebracht werden, um die Abwässer von 90 vH. der Bevölkerung ausreichend zu reinigen oder reinzuhalten.

Ein Gesetz über die Erhebung von Abwässersbgebühren soll eingebracht werden. Besonders dringlich ist die Sanierung der Trinkwasserspeicher Rhein und Bodensee. Der Bund stellt in einem fünf-Jahres-Leitprogramm 150 Millionen DM zur Reinhaltung dieser Gewässer zur Verfügung.

Bei der Abfallbeseitigung wird auf das bereits vorgelegte Abfallbeseitigungsgesetz verwiesen, das u.a. eine Ermächtigung zur Beschränkung der Einwegpackungen vorsieht. Von besonderer Wichtigkeit sind Pläne zur Entgiftung der Autoabgase. Die Bundesregierung strebt bis 1980 eine schrittweise Reduzierung der Schadstoffe bis auf ein Zehntel der Durchschnittswerte von 1969 an. Eine Änderung des bisherigen Kraftfahrzeugsteuersystems und die Entwicklung giftfreier Motoren sollen helfen, der Luftverpestung Einhalt zu bieten. Zur Bekämpfung des gewerblichen und des Fluglärms werden von der Bundesregierung Vorschläge eingebracht, die auch in den privaten Bereich hineinreichen. Der Einsatz von Motorrasenmähern soll z.B. örtlich und zeitlich eingeschränkt werden; Motorbootsfahrer werden mit Fahrverboten in Erholungszentren rechnen müssen.

Peter-Paul Henckel
(-/ox/6.10.1971/ks)

+ + +

Berichtigung: Im SPD-Pressedienst vom 4. Oktober 1971 ist in dem Artikel "Rainer Barzel und die Opportunität der Macht" von Bundesminister Erhard Eppler ein Satz nur unvollständig wiedergegeben worden. Im 3. Absatz, 6. Zeile muß es heißen: "Willy Brandt in die Linie der national-konservativen Politiker der deutschen Geschichte gestellt - von Rainer Barzel!"